

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wir müssen

Seht beginnt die wirkliche große Gefahr. Darum müssen wir uns in allen unseren Gedanken wieder an den Anfang versetzen, nochmals von neuem versprechend und gelobend, daß wir dem Vaterlande treu sein wollen in allen Dingen und mit allen Kräften.
Dr. Raumann.

Als zu Beginn des Weltkrieges ein englischer Minister mit dem zweijährigen Krieg drohte, lächelten wir und hielten ihn für einen Narren. Der Krieg würde nur von kurzer Dauer sein können, meinten wir. Nun sind wir wahrhaftig im dritten Kriegsjahr. Beispiellos sind die Erfolge unserer und der verbündeten Armeen und doch — im dritten Kriegsjahr. Die Feinde geben sich nicht besiegert. Ein neuer Staat sogar hat sich auf dem Balkan in ihre Reihen begeben, als hätte er damit anzeigen wollen, daß das Spiel für uns verloren sei.

Und wir? Brauchen wir zu verschweigen, daß wir den Krieg fühlen, jezt mehr als vor zwei Jahren? Daß wir erschauern im Gedanken all der Blutopfer, die dieser grausame Krieg bis jezt erfordert hat und noch fordert Tag um Tag? Es wäre unnatürlich und unmenschlich, wenn es anders wäre. Und nur zu begreiflich ist, daß gerade wir Arbeiter und unsere Familien stärker den Druck der langjährigen Kriegswot und Kriegeslast spüren. Zum ersten sind es in überwiegendem Maße Angehörige des arbeitenden Volkes, aus denen sich die Bestände unserer Armeen zusammensetzen. Sie bilden eigentlich die große menschliche Arbeitmaschine, die an den Fronten allenthalben so Wunderbares verrichtet: in der Abwehr feindlicher Massenstürme sowohl, als auch im Sturm auf feindliche Stellungen. Wir stellen die einfachen Soldaten, die Schützengrabenkämpfer in ihrer staunenswerten vielseitigen Verwendbarkeit. Zum zweiten: Unsere Familien haben als die minderbemittelten, die auf Unterstützung angewiesen sind, die Kriegswot in ihrer ganzen Fülle auszukosten. Wir fühlen den Krieg im ersten Jahr, fühlten ihn im zweiten schwerer, im dritten — es liegt in der Natur der Sache — in verstärktem Maße.

Nicht daß es uns an Mut gebricht, kühn entschlossen den Tatsachen ins Auge zu sehen, die sich aus der Lage ergeben, nein, aber bei manchem wagte sich im Laufe der Zeit doch eine Frage hervor, wo er früher eine klare und bestimmte Antwort hatte. Warum dieser Krieg? Warum noch weiter Krieg? Ist es noch nicht genug der Zerstörung, der Entbehrungen, der Blutopfer, der Schuldenlast? Hätte dieses Ungeheure nicht doch vermieden werden können? Und könnte nicht doch bei gutem Willen dieser Krieg längst beendet sein? Der Kaiser selbst hat in seinem Erlaß zu Beginn des dritten Kriegsjahres ruhig anerkannt, daß sich nach den furchtbaren Stürmen zweier Kriegsjahre die Sehnsucht nach dem Sonnenschein des Friedens in jedem menschlichen Herzen lege. Aber der Krieg dauere fort, „weil die Lösung der feindlichen Machthaber auch heute noch Deutschlands Vernichtung ist“. Es mag auffallend erscheinen, daß nicht alle Volksgenossen diesen doch so naheliegenden, selbstverständlichen, unabwiesbaren Zusammenhang der Dinge jederzeit klar vor der Seele haben und damit nicht den Aufschwung zu jener gehobenen Stimmung finden können, die uns im August 1914 alle belebte. Und doch gibt es Gründe dafür, keine durchschlagenden zwar, aber immerhin Erklärungsgründe.

Zwischen jenen Augusttagen vor zwei Jahren und heute liegt soviel Kleinmenschliches, Allzumenschliches, auf das wir nicht gefaßt waren. Die wenigsten wußten, was das Wort „Krieg“ alles in sich schließt. Ein Weltkrieg erst, für den es in der ganzen Geschichte keinen Vergleich gab. Begeisterung es er sich nicht, was man aufpassen kann. Sie

verkert sich auf die Dauer unter den alltäglichen Sorgen und Mühen. Das gilt für alle; für diejenigen, die Beispiel sein sollen, und die Nachahmer. Je mehr aber alltägliches Empfinden uns wieder beherrscht, um so kritischer wurden wir gegenüber dem Leben und Treiben um uns her. Was uns nicht gefiel, empfanden wir mit geschärften Sinnen, indes wir das Große und Gewaltige an Leistungen ohne sonderliche Beachtung hinnahmen. Auf den fleißig gewordenen Landsturmman Mann älteren Semesters wirkte die Ausbildungszeit naturgemäß anders als auf den gelenkigen, leichtfüßigen Zwanzigjährigen. Und einmal der Kaserne entronnen und bei der Truppe im Feld, da zeigte sich dem kritischen Blick des Landstürmers aufs neue, wieviel Sandkörner im Näherverl des Millionenheeres mitwirbeln: klarer ausgedrückt, wieviel Unvollkommenes, Menschliches, Hartes, Rücksichtsloses, ja Ungerechtes für den gemeinen Mann mit unterlaufen kann. Nur ein winziges Nädchen im Getriebe ist der Schützengrabenkämpfer, bestimmt, an großen Dingen mitzuwirken, Kriegsgeschichte, Weltgeschichte mitzugestalten, allein er übersieht zu wenig, um sich dessen bewußt zu werden und sich darüber so recht freuen zu können. Dazu das elende Schauspiel rücksichtslosester Ausplünderung der Kriegskonjunktur daheim. Nicht Nahrungsmangel sind es, die die Volkstimmung dämpfen, — gerade das arbeitende Volk weiß zu tragen, zu entbehren, zu opfern, wenn es nötig ist; sind wir es doch gewohnt, und der Geist unserer Arbeiterbewegung lehrt uns, sich einzusetzen für andere. — Aber sehen müssen, wie ungeniert Geld verbient wird auf Kosten der Gesamtheit, sehen müssen, wie gerade die größten Kriegsgewinner sich zugleich als die lautesten Schreier in der Kriegsführung mit Eroberungsabsichten gebärden, das mußte auffallen. Diese Leute haben durch ihr Gebahren jener falschen Auffassung Vorschub geleistet, daß der Krieg lediglich „ein kapitalistisches Geschäft“ sei. Der Krieg, den wir 1914 mit so reinen Beweggründen und selbstvergessener Hingabe begonnen haben, er sollte ein „kapitalistisches Geschäft“ sein — nein, so ist es nicht gemeint. Das ist der Krieg nicht, den das deutsche Volk mit anerkannt beispiellosem Opfermut zwei Jahre trägt; das darf er nicht sein und darf es auch nicht werden. So wollen und so dürfen wir ihn auch nicht auffassen, heute weniger denn je, da unsere Feinde sich zu letzten entscheidenden Anstrengungen aufgerafft haben. Deutschlands Sache und die seiner Verbündeten wäre verloren, wenn eine solche Stimmung sich bei uns durchzusetzen vermöchte.

Was uns Deutsche in diesem fürchterlichen Ringen mit ungleichen Kräften hält, und über die rohen Zahlen der feindlichen Machtmittel hinaushebt, das ist die Gesinnung, der Geist unseres Volkes. Wir wollen nicht unterliegen und wenn die Feinde zahlenmäßig uns auch noch so weit überlegen sind. Darin hat Friedrich Raumann einzig recht: „Der Tag ist da, wo wir an die innerlichen Kräfte glauben müssen. Es genügt nicht, sich auf Biffen von Menschen und Munition zu verlassen, weil wir in beiden überboten werden können. Schon bisher war die alte Rechnung „Auge um Auge“, „Zahn um Zahn“ für uns zu wenig, weil es drüber mehr Augen, Zähne, Gewehre und Kanonen gab. Mitteleuropa hat schon bis heute noch etwas anderes in seinen Krieg mitgebracht, als Biffen und Material; wir haben aus wenigem viel gemacht! Das aber muß in Zukunft noch stärker gesehen als bisher! Der Wille als Kraft, die Entschlossenheit als sichtbar werdende Gewalt, das muß nun Volksglaube sein. Das Geheimnisvolle, daß es nichts Schöneres in der Welt gibt, als den guten Willen, das müssen wir erfahren und zeigen. Gelingt uns das nicht, so bricht die unheimliche Gewalt der Gegenkräfte

und Bosheiten über uns herein. Das ganze deutsche Volk muß sich in dieser Lage nochmals auf den August 1914 besinnen.“

In der Tat: Denken wir etwas zurück. Wir begannen damals den Krieg an unseren Landesgrenzen. Heute stehen wir tief in Frankreichs und Rußlands reichste Land- und Industriegebieten, haben die serbische Barriere im Südosten weggesegt — siegreich überall. Warum kämpfen wir weiter? fragst du. Wir wollten uns und den Vätern der Verbündeten doch nur Existenz und Lebensmöglichkeiten erhalten, nicht aber neues Land erobern: wir führten doch einen Verteidigungs- und keinen Eroberungskrieg! Ganz recht. Damals wie heute. Und heute immer noch trotz aller eroberten Landgebiete. Darüber lassen uns leider die blutigsten aller Schlachten der letzten Monate und Wochen nicht den geringsten Zweifel. Warum haben wir uns in die feindlichen Landgebiete hineingekniet? Damit nicht umgekehrt sie uns das Knie auf die Brust und den Daumen auf Auge setzen konnten: damit unsere Dörfer und Städte, Fluren und Industriewerkstätten nicht zerstört, zerstossen und zerschmettert wurden, unser Volk vor dem Entsetzen der Kriegsverheerung bewahrt blieb. Darum. Sie oder wir. Damit haben wir allerdings den Bohn der Unterlegenen erst recht angefaßt und ihre Wut aufgestachelt. „Der Feind ist im Land, verjagt ihn“, ist das Feldgeschrei der Belgier, Franzosen, Russen, Serben und neuerdings auch der Rumänen. So wird die Volkstimmung bleiben immer wieder aufgereizt zu riesengroßem Haß, zu neuen Opfern und Leistungen. Wir aber laufen indes Gefahr, zu vergessen, daß wir noch etwas, noch vieles, das Entscheidende noch zu tun und zu leisten haben, trotz aller Siege und Eroberungen. Immer noch steht die Frage auf dem furchterlichen: „Sein oder Nichtsein“, wie am ersten Tag des Weltkrieges.

Sobehr die verantwortlichen Leiter der Geschichte unseres Volkes den Frieden zu erhalten sich ehrlich bemüht haben, vor Ausbruch des Weltkrieges, so auch haben sie während der zwei Kriegsjahre deutlich genug zu erkennen gegeben, daß es an Deutschland- und an seinen Verbündeten nicht liegt, wenn das Völkermorden weitergeht. Die Feinde haben uns nicht gehört und wollen uns nicht hören. „Solange es deutsche Soldaten in Frankreich gibt und man mir von Frieden spricht, werde ich meine Ohren verstopfen“ hat der belgische sozialistische Minister Vandervelde gesagt. So denken und wollen es die anderen. Also muß der Kampf weiter gehen. Wir müssen!

Aus dem Reichstage

Wie in früheren Sitzungsperioden so ist auch in der gegenwärtigen Herbsttagung des Reichstags die Hauptarbeit in den großen Haushaltsauschuß verlegt worden. Volkerversammlungen haben bisher nur vier stattgefunden. In den letzten beiden derselben wurde die Frage der Kartoffelversorgung besprochen, wozu diesbezügliche Interpellationen aller Parteien als Unterlagen dienten. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Abg. Schiffer begründete eine Interpellation Dr. Spahn-Giesberts, in welcher eine geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Speisepotato und zu diesem Zwecke folgende Maßnahmen verlangt werden:

- 1. die für die menschliche Ernährung notwendigen Mengen an Kartoffeln vor allen anderen Ansprüchen an die Kartoffelernte absolut sicherzustellen;
- 2. die Befreiung der Bedarfsverbände für den Tagesbedarf an Kartoffeln unter allen Umständen, nötigenfalls unter Zulieferung militärischer Kräfte,

Kriegsgefangener, Strafgefangener und Schüler, durchzuführen;

3. jedem Versuch einer nachträglichen Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln entgegenzutreten und abzulehnen.

Schiffer führte unter anderem dazu aus, nachdem er die miffliche, durch ungenügende Kartoffelzufuhr in den Städten und Industriebezirken geschaffene Lage geschildert hatte:

„Meine Herren, zunächst erscheint es auffällig, daß beispielweise in Bayern und anderen süddeutschen Staaten die Sache viel besser lappt als in Preußen. Es scheint, so sagt man, als ob das preussische Landwirtschaftsministerium doch auf dem Gebiete der vorbereitenden Organisation und auch auf anderen Gebieten zu wenig Vorkehrungen getroffen habe. Ich muß es auch aussprechen, meine Herren, daß die große Menge der Verbraucher zum preussischen Landwirtschaftsministerium und auch, was gar nicht ausbleiben konnte, zum Landwirtschaftsrat sowie auch zu einem Teile der großen landwirtschaftlichen Organisationen kein besonderes Vertrauen hat. Man hat den Eindruck, als ob ein Teil der landwirtschaftlichen Organisationen sich im Kriege nicht so bewährt hat, wie man das mit gutem Recht hätte erwarten können. Ich will aber durchaus nicht verallgemeinern und schließe mich den Grundgedanken, die der Herr Vorredner über diesen Punkt geäußert hat, durchaus an. Ich kenne auch landwirtschaftliche Organisationen, die getan haben, was in ihren Kräften stand. Ich stimme auch dem Herrn Abgeordneten Hoff darin bei, daß man die Landwirte an der richtigen Stelle fassen muß; man soll ihnen suggerieren, was sie zu tun haben, man soll ihnen klar machen, was auf dem Spiele steht, dann würden sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Andererseits muß man, wenn man ein Freund der Landwirtschaft sein will — und das, meine Herren, nehme ich für mich in Anspruch —, auch offen sagen und die dringende Mahnung aussprechen, daß die Landwirtschaft alles tun möge, was in ihren Kräften steht; denn, meine Herren, die Stimmung draußen im Lande ist derart, daß, wenn das Gegenteil geschähe, gerade das sich an der Landwirtschaft später bitter rächen würde.“

Schiffer kritisierte sodann die Preispolitik und die Spekulation mit Nahrungsmitteln und forderte das Kriegsernährungsamt auf, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, damit die Verbraucher mit Kartoffeln versorgt werden.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes Watocki gab diesbezüglich eine zusage Antwort und stellte für die nächsten Wochen eine genügende Anlieferung für die Verbrauchsbezirke in Aussicht. Wie von dieser Seite in der Sitzung des Hauptausschusses vom 20. Oktober 1916 mitgeteilt wurde, werden täglich 5000 Waggons verladen und angeliefert, eine Zahl, die, wie er hoffe, auf 10 000 Waggons täglich in nächster Zeit erhöht und so die Bedürfnisse befriedigt werden könnten. Der bisherige Kartoffelpreis bleibe bestehen und könne nach der heutigen Sachlage wohl verantwortet werden. Jene Interessenten, welche auf eine Erhöhung der Kartoffel-Höchstpreise spekulierten, würden nicht auf ihre Rechnung kommen.

Im Sanitätsdienst

... den 19. Oktober 1916.

Im Sanitätsdienste bei der kämpfenden Truppe hat man, wie wohl sonst nirgends, Gelegenheit, alle Schrecken des Krieges mitzuerleben und in immer neuer persönlicher Berührung mit den Opfern der Schlachten in noch höheren Maße als die Kameraden kennenzulernen. Ich habe schon einmal geschrieben, daß die Infanterie sowohl als auch die Artillerie in diesem Kriege länger nicht mehr so sicher ist wie in früheren Kriegen. Im Zeitraume der Flieger und der weittragenden Geschütze sind die feindlichen Artilleriestellungen bald ausfindig gemacht und können wirksam unter Feuer genommen werden. Wir wissen es, und es wird in den Berichten immer aufs neue bestätigt, daß die Artillerie in freisitzendem Maße zur Kampfhandlung und ausschlaggebenden Waffe wird. In dem und dem Abschnitt „zur Artillerieabteilung oder Artilleriedivision, heißt es im Tagesbericht: „Daher die früher nicht getauften großen Verluste der Artillerie in diesem Kriege.“

In diesen Angelegenheiten für die Artillerie gältigen Verhältnisse treten für manche Batterien, z. B. die unsere, noch besonders erschwerende Umstände. Unsere Stellung ist im Grunde, in unmittelbarer Nähe mehrerer feindlicher Berge und einer Bergkette. Bei der ununterbrochenen Beschussung, die uns gar nicht geht, hatten wir häufig die ersten Verluste.

Ich bin im Sanitätsdienste allein bei der Batterie, da nur eine einzige Stelle vorhanden ist. Sonst lag in früheren Zeiten man in unmittelbarer Nähe der Batterie, und nur den Entschlafenen des Batteriechefs wurde es, daß es nur eine Mann Person haben konnte, und man sich nicht in anderer Zeit sollte. Bei der Artillerie ist man in der Verantwortung für bestimmte Gegenstände und Maßnahmen, welche jeder selbst als bei der Vorbereitung oder in unmittelbarer Nähe des Batteriechefs. Nicht bei der Batterie.

men, denn bei Zurückhaltung wird mit Beschlagnahme und Enteignung vorgegangen. Da die Kartoffelernte nicht so ausgefallen ist wie im Vorjahre, wird ein Teil der Kohlrüben und der Ruckrüben für die menschliche Ernährung sichergestellt. Infolge der englischen Absperrung der Lebensmittelzufuhr vom Auslande werden die Verbraucher auch in der weiteren Kriegszeit im allgemeinen recht knapp gehalten sein; für die Schwerverarbeiter sind Zulagen an Kartoffeln, Fett und Fleisch vorgesehen. Der diesbezügliche Plan wird demnächst bekanntgegeben werden.

Der Hauptausschuß hat in zahlreichen Sitzungen in der ersten Hälfte des Oktober insbesondere Fragen der hohen Politik, Kriegs- und marineteknische Fragen, wie solche der inneren Politik zumeist vertraulich besprochen und Stellung dazu genommen. Auch diesmal haben die Vertreter der einzelnen Reichsressorts, an ihrer Spitze der Reichskanzler, alle nur gewünschten und zur Beurteilung der Gesamtlage wünschenswerten und nötigen Aufschlüsse gegeben. Das Ergebnis ist die feste Ueberzeugung in Abgeordnetenkreisen von der Unüberwindbarkeit Deutschlands und eines kommenden, für uns guten Friedens. Ueber den Zeitpunkt desselben kann Bestimmtes nicht gesagt werden, weil zum Friedensvertrag zwei gehören und wir allein den Frieden nicht schließen können. Das Ergebnis der fünften Kriegsanleihe, die wieder einen Betrag von mehr als 10,6 Milliarden ergeben hat, wird aber unseren Feinden gezeigt haben, daß das deutsche Volk finanziell stärker ist, als sie glaubten. Wenn die Feinde sehen, daß sie uns auch nicht aushungern können, und daß sie ebensowenig die eisernen Mauern unserer und unserer Verbündeten Heere zu durchbrechen vermögen, sie nicht niederringen können, so wird endlich auch bei ihnen die Friedensneigung kommen. Wie weit es bis dahin noch ist, und wie lange es noch dauert, bis den Völkern der ersuchte Friede wird, das steht dahin. Sowohl der ehemalige Sozialdemokrat und jetzige französische Ministerpräsident, wie der englische Minister Edward Grey rassen noch immer stark mit dem Säbel und zeigen sich Friedensverhandlungen abgeneigt.

Ueber die alle Welt bewegende Frage des Unterseebootkrieges wurde im Ausschusse in eingehendster Weise verhandelt. Von Seiten des „raschen Ausschusses“ (zur Niederämpfung Englands) sowie den Alldeutschen und sonstigen „starken Männern“ wurde der Reichstag mit aller möglichen Eingaben übersättigt. Ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen unseres Volkes wurde darin auch verlangt, daß diese Frage im offenen Reichstag vor aller Welt beraten werde. Gegen den Widerspruch der extremen Parteien von rechts und links, der Konservativen und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, wurde aber im Hauptausschuß mit 21 gegen 4 Stimmen beschlossen, eine öffentliche Besprechung aus nationalen Gründen zu unterlassen. Der Berichterstatter des Ausschusses wurde beauftragt, lediglich eine formulierte Erklärung abzugeben. In dieser, in der öffentlichen Sitzung vom 11. Oktober 1916 abgegebenen Erklärung wird einleitend gesagt: „Alle marineteknischen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte wurden auf

das gründlichste geprüft und gewürdigt. Die gemachten Ausführungen standen unter dem Eindruck der hohen Bedeutung und schwerwiegenden Folgen der Entscheidung über die Führung des Unterseebootkrieges... Eine Einigung war in dem Ausschusse nicht zu erzielen, er sah von einer Beschlussfassung ab.“

Es ist nicht an dem, daß, wie politisch-naive Leute glauben oder glauben machen wollen, der Reichskanzler nur zu sagen brauchte, jetzt wird der Unterseebootkrieg geführt, England liegt dann alsbald besiegt am Boden und der Friede ist da. Wenn die Dinge so lägen, wären die von den „starken Männern“ gegen den Kanzler erhobenen Vorwürfe vielleicht gerechtfertigt.

Aber so einfach liegen die Dinge nicht; es handelt sich um eine Schicksalsfrage, bei deren Entscheidung der Reichskanzler und zuletzt der oberste Kriegsherr den Ausschlag gibt. Ohne gewissenhafte Prüfung mit den für die einzelnen Fragen zuständigen Reichsämtern wird keine Entscheidung gefällt. Die Frage, ob der U-Bootskrieg wirksam und nachhaltig geführt werden kann, wird zunächst die Reichsmarineverwaltung zu beantworten haben. Sie kennt die Zahl der Schiffe, deren Leistungsfähigkeit, kennt Personal und Material. Die Heeresverwaltung wird darüber befinden, ob sie die Marine, insbesondere bei weiteren Verwicklungen im Falle des uneingeschränkten U-Bootskrieges, zu Lande überall unterstützen kann. Das Reichsamt des Innern prüft die volkswirtschaftlichen Wirkungen, insbesondere die Frage der Rohstoffbeschaffung und die Ernährungsverhältnisse. Das Auswärtige Amt aber wird abzuwägen haben, welche Wirkungen eine Seeblockade auf die Neutralen, auf Amerika und andere Staaten ausüben wird, ob sie weitere kriegerische Verwicklungen zur Folge haben kann. Es handelt sich also um eine Summe von recht schwerwiegenden Fragen, und es ist erklärlich, daß der Reichstag darüber nicht in allen Teilen einig geworden ist. Ein Teil glaubt, daß der U-Bootskrieg die Herbeiführung des Friedens beschleunige, andere sind, bei aller Anerkennung der Wichtigkeit der Unterseeboot-Waffe, der Meinung, daß ihre rücksichtslose Anwendung nachteilig wirken und den Krieg verlängern könnte. Schneller fertig in ihrem Urteil, auch in dieser so schwierigen und entscheidungsschweren Frage sind Leute, die von Detailkenntnissen weniger berührt und auch sonst weit vom Schusse sind. Aber diese militärpolitischen Kurpfuscher lehnen wir ab. Die christliche Arbeiterschaft vertraut darauf, daß die verantwortlichen obersten Stellen des Reichs in der Frage zur rechten Zeit die richtige Entscheidung treffen werden.

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Willy Hartung**, Mitglied der Zahlstelle Eöln, Maurer; **Edwigo Christ**, Mitglied der Zahlstelle Untel-Geister; **Unteroffizier Karl Kimpel** aus Mengers, Mitglied der Verwaltungsstelle Fulda; **Unteroffizier Andreas Wöhle**, Mitglied der Verwaltungsstelle Hannover; **Unteroffizier Päder**, Mitglied der Zahlstelle Berlin, Fliesenleger; **Heinrich Salob** und **Heinrich Schmitt**, Mitglieder der Zahlstelle

kann man leicht größere Mengen Verbandmittel, breite Binden u. dgl. mitführen, während die Infanterie nur auf einen kleinen Vorrat an Verbandpäckchen, allenfalls noch auf den Inhalt des Sanitätsstornisters angewiesen bleibt.

Nicht jeder eignet sich nach seiner Veranlagung dazu, im Feuer den Verwundeten beizustehen, und nicht jeder hat die Nerven, wenn sich bei einem Feuerüberfalle alles in die Unterstände flüchtet, hinauszueilten zu den jammervollen Verwundeten, mit möglichster Ruhe die Lage zu übersehen und das auszuführen, was notwendig oder vorerst am nötigsten, zuweilen gegen den Widerstand dessen, dem es zum Nutzen ist. Und es kommen Augenblicke, wo man nicht zwei, nein, zehn Hände rühren sollte, um schnell helfen zu können. Ich denke hier an einen Tag, der allen Angehörigen der Batterie dauernd im Gedächtnis bleiben wird. Bei einer vollen Besetzung der Batterie von rund 40 Köpfen hatten wir an diesem Tage 20 Mann Verluste an Toten und Verwundeten, meist Schwerverwundeten. In der Frühe schon wurden sechs Mann verwundet, wobei ein Unteroffizier ein Auge verlor. Gegen Mittag schlug eine Granate in eine 14 Mann starke feuernde Geschützbedienung: vier Mann sofort tot, zum Teil unbeschreiblich zugerichtet; zwei Mann waren schwer verwundet, ohne Bewußtsein, in hoffnungslosem Zustande. Beide starben bald darauf. An den übrigen acht Leuten hatte ich fast zwei Stunden lang zu verharren. Die meisten waren von oben bis unten mit Wunden bedeckt, die teilweise hart bluteten, so daß der ganze Körper in Verbände eingewickelt werden mußte. Die Hilflosigkeit wird durch den dumpfen oder ohnmachtähnlichen Zustand des Verletzten, seine Bewegungsunfähigkeit oder starke Schmerzen sehr erhöht.

Der letzte Zeit erst hatten wir einen Toten, einen Verwundeten Mann. Er lag bei mir im Unterstande und wollte gerade sterben, es bei der Verhinderung der feindlichen Granateneinwirkung eine Granate vor dem Unterstande in eine Schlinge schlug. Der

Mann wurde vielfach getroffen und durch den Luftdruck in den Unterstand geschleudert. Die ganze Rückseite und die rechte Seite des Körpers waren mit Hunderten von Wunden überfät, teils von Granat, meist von Stein- und Splintern herüberfahrend; kaum ein Quadratfuß war unberührt. Und doch war anscheinend nur eine lebensgefährliche Verletzung dabei, ein seitlicher Bauchschuß, an dem er auch nach einigen Stunden starb. Alle ihm sofort erwiesene Liebe und Sorgfalt konnte nicht helfen.

Ein anderer Mann mit ebenfalls einem Bauchschusse starb zwei Stunden nach erlittener Verletzung. Ohne sehr viel Schmerzen sah er bei klarem Bewußtsein den Tod kommen. Er gedachte seiner Frau und Kinder, trug uns letzte Grüße an sie auf und ließ sich versprechen, seinen Angehörigen ein Bild von seinem Grabe zu schicken.

Aber nicht nur in der eigenen Batterie hatte ich zu tun. Oft mußte ich auch auf die vorbeifahrenden Straßen und Wege hinaus, um dort Leuten, die auf dem Vor- oder Rückmarsche waren, zu helfen. So wurden z. B. am 1. Juli in der Morgendämmerung an der Straßenecke 20-25 Infanteristen zusammengepackt, die für die Kompanie von der bis dort vorbeifahrenden Feldstraße das Essen in den Schützengruben holen wollten und mit ihren Kochgeschirren warteten. Es war im heftigen feindlichen Feuer eine schwere Aufgabe für mich und den braven Mann, den ich ausgebildete, und der ohne weiteres mitging, Hilfe zu bringen.

Wenig Freude und viel Leid habe ich mit der Batterie geteilt. Was mich aber immer wieder freut und ermuntert, aber auch aufs neue verpflichtet, ist das uneingeschränkte Vertrauen aller Kameraden erworben und bewiesen in vielen Leid- und gefährlichen Stunden. Wir alle sind zu Brüdern und Freunden geworden. Noch wie habe ich es bereut, mich für den Sanitätsdienst gemeldet zu haben, und nie werde ich es bereuen. **S. Sutterbrodt, Sanitäts-Unteroffizier.**

Schröd; Dieblich Strüber aus Gieselsbehausen, Mitglied der Zahlstelle Hannover, Maurer; Bernhard und Konrad Feh, Mitglieder der Zahlstelle Kempten.

Eine Schweizer Stimme über die fünfte deutsche Kriessanleihe. Die neuen "Bücher Nachrichten" schreiben: Das Ergebnis hat alle Erwartungen übertroffen und zeigt Deutschland und das deutsche Volk im Maße einer nicht zu erschütternden Finanzkraft, gleichviel, ob die ganze Welt dagegen anstürmt. Wer hätte je geglaubt, daß das deutsche Volk im dritten Kriegsjahr 10,599 Millionen Mark aufzubringen vermöchte? Das ist eine finanzielle Kraftleistung und ein Opfermut des Volkes, die einzig dastehen und auch den Gegnern, soweit sie noch über einen Rest von Ueberlegung verfügen, Bewunderung abringen muß. Das deutsche Volk hat in diesen Wochen mehr als eine Siegesanleihe zustande gebracht, nämlich eine Friedensanleihe. Auch die letzte Hoffnung, Deutschland finanziell niederzuringen, muß nun erlöschen. Lloyd George sagte: Die letzte Milliarde werde der Sieger des Weltkrieges sein. Vielleicht findet er heute, daß die letzte Milliarde nicht bei England ist, sondern bei Deutschland. Unüberwindlich in seiner militärischen Riesenkraft, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, durch keinen Hungerkrieg zu bezwingen, steht Deutschland sogar unbesiegt in seiner finanziellen Leistungsfähigkeit da, mehr als je als eine unerschütterliche Truhburg gegenüber den Feinden und als harter Hort für seine Freunde.

Erneuerung des Kohlenyndikats. Das Kohlenyndikat ist auf fünf Jahre verlängert worden. Das war keine leichte Aufgabe, weil der preussische Staat in dem neuen Verträge eine erhebliche Erweiterung seiner Befugnisse forderte. Bei Ablehnung der Gründung eines freien Syndikats drohte andererseits die Schaffung eines Zwangsyndikats. Die Zeichenbesitzer zogen deshalb den ersten Weg vor.

Gemeinschaftsarbeit der Handlungsgehilfenverbände. Die großen Handlungsgehilfen-Verbände, Deutscher Verband Kaufmännischer Vereine, Frankfurt am Main, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg, Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Verein für Handlungs-Kommités von 1868 (Kaufmännischer Verein), Hamburg, sind übereingekommen, dahin zu wirken, daß die früher in der kaufmännischen Ständebewegung vielfach hervorgetretenen Kämpfe nach dem Kriege nicht wieder in der bisherigen Form aufleben. Der Meinungs-Austausch über abweichende Anschauung bleibt von dieser Vereinbarung natürlich unberührt, da in grundsätzlichen Fragen immer verschiedene Auffassungen bestehen werden; er soll aber so ausgeglichen werden, daß die Achtung vor der Meinung des anderen nicht verletzt werde. Eine Reihe von vertragsmäßigen Bestimmungen soll die neue Vereinbarung sichern, insbesondere auch dahin wirken, daß die Untergruppen der Zentralverbände sich an die Abmachungen der Verwaltungen halten. Es ist deshalb in einem gemeinsamen Ehrenrat als Schlichtsgericht eine Stelle geschaffen worden, deren Entscheidung im Notfalle angerufen werden kann. Das Schlichtsgericht hat seinen Sitz in Hamburg und Berlin.

Preussisch-konservative Anschauung über die breite Volksmasse. In dem Organ der ostpreussischen Konservativen, der "Ostpreussischen Zeitung", steht folgendes zu lesen:

„Das ekelste Unkraut ist die Massenverherrlichung, gefördert von den Mächten des Großkapitals. Von der Gewöhnlichkeit, Gemeinheit, Aufpeitschung niederer Begierden. Die natürliche Gesellschaftsordnung ist die Pyramide. Hoch oben wenige, tief unten viele. Die Massenverherrlichung bedeutet den ärgsten Faustschlag ins Gesicht der Natur. Dies war die ärgste Friedensläge. Es soll auch, wie es scheint, die ärgste Kriegslüge werden, gegen die alle Lügen der Engländer Kindeispiel sind. Die fälschenden Verichtsreiber dieses Weltkrieges sind einzig an der Arbeit, die Hoffnungen, die alle Freunde natürlicher Gesellschaftsordnung auf den Krieg setzten, zu machen. Trotz Hindenburg sollen dennoch "Fehmann und Krause" den Ruhm des Krieges davontragen. So wollen es sehr kluge Leute haben. Ohne die Massen geht es nicht und — ging es nie. Die Weisheit kennen auch wir. Ob es 100, 1000, 100 000 oder Millionen sind, tut nichts zur Sache. Die klugen Leute, die auf die Tassache der Millionen von Kämpfern hinweisen, verzeihen nur eines: Die Massen sind immer da, die Führer aber sind nicht immer da. Die Massen haben wahrlich Massen tüchtiger Soldaten genug, aber die Führer fehlen ihnen: Feldherren wie Offiziere, der preussische Leutnant! Das geile Unkraut wuchert überall, vergeht nie. Die edlen Kulturpflanzen schwinden gar leicht. Wie lange soll dieser Krieg noch dauern, um den wuchernden Wahn der Massenverherrlichung und den Neid gegen Höhere auszurotten.“

Etwas Schlimmeres an Massenverachtung ist uns noch nicht vorgekommen. Und dies im Angesichte des Ringens und Leidens der breiten Volksmasse. Das muß man sich merken für die Friedenszeit.

Zur Reorientierung in der Sozialdemokratie schreibt der holländische Sozialistenführer Wilhelm Koll in den "Sozialistischen Monatsheften" (Nr. 20, 1916): „In der Tat läßt sich die Bewilligung der Kriegskredite nur dann wirklich begründen, wenn man sich auf den Boden einer konsequent behaftenden Staatspolitik stellt. Gilt man sich für verpflichtet, den Brand zu löschen, wenn er ausgebrochen ist, dann ist es ein Unsinn, wenn man sich der Verpflichtung entziehen will, dafür zu sorgen, daß das Haus gegen Brandgefahren überhaupt gesichert wird. Bewilligt man die Kriegskredite, so kann man logischerweise das Gesamtbudget nicht ablehnen. Die Sozialdemokratie kann sich künftig bei den Verhandlungen nämlich nicht mehr so verhalten wie vor dem

Zur Beachtung! Sonntag, den 27. Oktbr., ist der 35. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

4. August 1914 . . . Das gleiche gilt für die Kolonialpolitik. Wenn man die Zurückgabe der vom Kriegsgegner besetzten Kolonien verlangt, dann kann man auch in Zukunft diesen Kolonien gegenüber nicht mehr ablehnend oder auch nur gleichgültig verhalten. Aber auch die Steuer- und Wirtschaftspolitik unserer Partei muß einer umfassenden Neuordnung unterzogen werden. Mit unserer mehr oder minder radikalen Ablehnung aller indirekten Steuern werden wir in Zukunft nicht mehr fortfahren können. . . Und auch in der Behandlung der gesamten Wirtschaftsprobleme kann nach den Erfahrungen dieses Krieges die einseitige Konsumentenpolitik, wie sie bisher von der Sozialdemokratie betrieben wurde, nicht mehr fortgesetzt werden. Es ist eben jetzt sinnfälliger geworden, daß die Arbeiterklasse neben ihren Konsumenteninteressen gewaltige Produzenteninteressen hat, ja, daß diese auf die Dauer die wichtigeren sind und letzten Endes jene mit umfassen.“

Ernährungsfragen bei unseren Feinden. In Frankreich klagt man lebhaft über den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und über den Rückgang der Lebensmittelerzeugung. Am 21. September berichtete ein französischer Abgeordneter in der „Humanité“, daß gegenüber dem Vorjahre die bestellte Fläche um 517 000 Hektar gesunken sei, und daß infolge Arbeitermangels der Boden so schlecht gedüngt und neu bestellt wurde, daß die schlecht gefähte Frucht sich nur kümmerlich entwickelte. — Schlimmer noch als in Frankreich sieht es in Italien aus. Italien war von jeher ein armes Land, arm an Kapital und arm auch an Lebensmitteln. Rund ein Sechstel seines Getreidebedarfs mußte Italien stets vom Auslande beziehen, und auch sein Viehbestand war ziemlich bedeutungslos. Italien war mit seiner Lebensmittelaufuhr zu einem großen Teil auf den Seeweg angewiesen, und man hat gesagt, daß Italien nicht zuleht auch dadurch zum Kriege gezwungen wurde, daß England drohte, ihm sonst die einzige Seeroutenstraße, nämlich die Straße von Gibraltar, für den Bezug von Lebensmitteln zu sperren. Heute aber, wo England selbst seine großen Schwierigkeiten mit der Lebensmittelförderung hat, kann es auch Italien nicht viel helfen.

Ein ganz besonderes Unglück steht aber den Engländern für das kommende Wirtschaftsjahr bevor. Ihre Hauptgetreidelieferanten während der Kriegszeit, die Vereinigten Staaten und Kanada, beginnen nämlich infolge der dortigen Missernte in diesem Jahre zu verlagen. Nach angestellten Berechnungen ist das Minderertragnis der diesjährigen Getreideernte in den Vereinigten Staaten und in Kanada erheblich größer als diejenige Getreidemenge, welche die beiden Länder im letzten Jahre überhaupt auszuführen imstande waren. Gewiß werden die Engländer versuchen, mit dem Lockmittel hoher Preise möglichst viel Getreide aus Amerika heranzuziehen. Ob die Amerikaner sich aber eine Entlastung ihres Landes von Getreide und die fortwährenden Preistreiberien gefallen lassen, ist eine andere Frage; man spricht heute schon in Amerika von einem möglichen Ausfuhrverbot für Getreide. Und wenn die Engländer sich in den anderen Getreideländern (Argentinien und Australien) nach Getreide umsehen wollten, so würden sie auch dort nur ungenügende Mengen vorfinden, und gleichzeitig würden sie damit ihren an sich schon sehr knappen Schiffsraum noch weiter vermindern, denn ein Getreideschiff nach Australien z. B. braucht für die Hinreise allein einen Zeitraum von 7 Wochen.

Was also die Gegner zu Beginn des Krieges uns angedroht haben, nämlich die Aushungerung des deutschen Volkes, das bekommen sie immer mehr an eigenen Leibe zu spüren. Ja, wer anderen eine Grube gräbt, . . .

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Bochum.

Protokoll der Tarifamtssetzung des Vertragsgebietes Bielefeld.

Anwesend: Amtsgerichtsrat Engel als Vorsitzender; Malermeister A. Bonnin, Gewerkschaftssekretär Thiesinger, als Beisitzer. Für die Arbeitgeberpartei: Zimmermeister Seringhaus, Maurermeister und Architekt G. Sittlemeyer, Maurermeister H. Ehrich, Zimmermeister Zimmerberg, Bad Deynhäusen. Für die Arbeitnehmer: Fr. Dahl-Dortmund, Zumbrod-Hannover, Koch-Bochum für Becker-Paderborn, Fr. Walter-Hannover für Janßen, Düsseldorf, Seidemann-Bielefeld, Schmier und Eitelmann-Bad Deynhäusen, Stadtsekretär Schulze als Protokollführer.

Verhandelt. Bielefeld, den 2. Oktober 1916.

Durch Einladung vom 25. September d. J. war auf heute eine Sitzung des Tarifamtes für das Vertragsgebiet Bielefeld im Baugeverbe zusammenberufen, und waren dazu die nebenbezeichneten Mitglieder erschienen. Gegenstand der Verhandlung war der Streit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Höhe der Kriegszulage für den Stadtbezirk Deynhäusen. Nach längerer Erörterung der Sache wurde darauf in der Mehrheit entschieden, daß sich nach der Entscheidung des Tarifamtes vom 3. Mai 1912 das Vertragsgebiet Deynhäusen dem gesamten Tarifamt als ein-

heit umfaßt und damit die Einwohnerzahl über 5000 hinausgeht, die für den Tarifort Deynhäusen ausgeworfene Kriegszulage für Maurer und Zimmerleute nicht nur 7 Pf., sondern 10 Pf. beträgt, und daß diese Zulage von dem festgesetzten Anfangstage an zu gewähren oder nachzuzahlen ist.

Beglaubigt. gez.: Engel. gez.: Schulze.

Dritte Reichskonferenz der christlichen Arbeiter Oesterreichs

Im September fand in Wien eine Reichskonferenz der christlichen Arbeiter Oesterreichs statt, die von zahlreichen Vertretern aus Wien und den einzelnen Kronländern besucht war. Die Konferenz wurde vom Landesauschussmitglied Kunschak eröffnet, wobei derselbe der gefallenen Mitglieder gedachte und auch den zahlreichen im Felde stehenden Vertrauensmännern der Bewegung den Gruß der Konferenz entbot. Der Vorsitzende der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Spasowsky berichtete über die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Oesterreich-Ungarns an das Deutsche Reich. Die vom Berichterstatter vorgelegten Grundsätze wurden nach Aussprache einstimmig gutgeheißen. Die diesbezüglichen Beschlüsse werden die Verhandlungen für die bevorstehenden Verhandlungen mit den christlichen Arbeiterorganisationen des verbündeten Auslandes bilden.

Im Anschlusse referierte W. Ullrich über die geplante Errichtung einer Zentralrechtsschutzstelle, welche zur Erlangung des staatlichen Unterhaltsbeitrages, hauptsächlich aber als Hilfs- und Beratungskommission in Angelegenheiten der Versorgung der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen von gefallenem Kriegsteilnehmern dienen sollte. Im Verlaufe der Besprechung wurde die weitgehende Verschiedenheit der Rechtsprechung in diesen Angelegenheiten festgestellt.

W. Kunschak sprach über Organisationsfragen und Ernährungsprobleme, wobei er die Schwierigkeiten und die Mittel zur Abhilfe ausführlich darlegte. Folgende Entscheidung fand nach einer lebhaften Aussprache die volle Zustimmung der Konferenz:

„In Anerkennung der durch die lange Kriegsdauer gefestigten Schwierigkeiten einer ausreichenden Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Lebensmitteln wie im Hinblick auf die hohen Ziele der Vaterlandsverteidigung trägt die christliche Arbeiterkraft all die natürlichen Mühen und Nöten des Krieges in heisser Liebe zu Kaiser und Reich, im unerschütterlichen Glauben an den Sieg.

Dieses neuerliche, feierliche Bekenntnis volla- und staatsreuer Gesinnung überhebt uns aber nicht der Pflicht, auf vorhandene Mängelstände zu verweisen und deren Beseitigung nachdrücklich zu fordern, wie wir auch stets bereit sind mitzuwirken an der Lösung der zahlreichen Fragen des Problems der Volksernährung.

Übermals fordern wir als wichtigste Voraussetzung eines durchgreifenden Erfolges die endliche Schaffung eines gemeinsamen östereichisch-ungarischen Versorgungsgebietes und an dessen Spitze ein gemeinsames Amt, welchem die Beschaffung und gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel und der unentbehrlichen Bedarfsartikel obliegen müßte. Unter allen Umständen aber muß der Handel mit Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsartikeln einem einheitlichen Verteilungsplan und der strengsten staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Die Einführung einer Reichslebensmittelskarte ist ebenso dringend wie geboten, wie jene einer Milch- und Eierkarte.

Um die Einkommensverhältnisse des Volkes einigermaßen in Einklang zu bringen mit der Verteuerung der Lebenshaltung, hat die Staatsverwaltung allen ihren Angestellten und Arbeitslosen angemessene Teuerungsbeträge zu bewilligen, in gleichem Sinne auf alle autonomen Verwaltungskörper wie nicht minder auf die Privatunternehmungen bestimmend einzuwirken und den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag ehestens den Zeitverhältnissen anzupassen.

Im Interesse der Volksgesundheit sind ungejäumt alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten, insbesondere der Tuberkulose, zu treffen. Durch Wändelung des Krankenversicherungsgesetzes, wie durch rasche Einführung der Alters- und Invalidenversicherung muß die Arbeitsversicherung so gefördert und ausgebaut werden, daß sie den durch die Auswirkungen des Krieges gewaltig gesteigerten Bedürfnissen zu entsprechen vermag.“

Die Vertreter der christlichen Arbeiter Oesterreichs wurden am 16. September, vormittags, vom Leiter des Ministeriums des Innern, Baron Handel, empfangen. W. Kunschak unterbreitete und begründete die von der dritten Reichskonferenz der christlichen Arbeiter Oesterreichs gefassten Beschlüsse. Der Minister, der sich in den vielen Fragen sehr informiert zeigte, erklärte, daß er die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden gewissenhaft untersuchen und möglichst berücksichtigen werde.

Verbandsnachrichten

Glöbba bei Neuwied, 15. Oktober 1916. Unsere Zahlstelle hielt heute ihre Generalversammlung ab. Aus den Kassenberichten war zu entnehmen, daß die Zahlstelle Glöbba sich verhältnismäßig gut gehalten hat. Aufgenommen wurden acht Mitglieder; die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 42. Die Revisoren berichteten, die Kasse in guter Ordnung gefunden zu haben, worauf die einstimmige Entlastung erfolgte. Bezirksleiter Kollege Lange dankte dem Vorstand für die so umsichtig geleiteten Organisationsgeschäfte. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Alois Jüller 1. Vorsitzender (wiedergewählt); Josef Kuch, erster Kassierer (wiedergewählt); Josef Glöbba, 2. Kassierer; Jakob Schwan, als

Revisoren die Kollegen Kähler und Klein. Die Generalversammlung nahm dann Stellung zu dem Verhalten des Unternehmers Woll in Oberbiber. Woll hat schon immer versucht, weniger zu zahlen, als laut Tarifvertrag und den Vereinbarungen über die Lohnzulagen zu zahlen ist. Auf zwinzige Aufforderung seitens der Bezirksleitung hat Woll zwar bis zum 1. September die 8 Pf. Zulage gezahlt; nunmehr weigert er sich aber wieder, die 1. September eintretende Zulage von weiteren 2 Pf. zu leisten. Der Bezirksleiter wurde beauftragt, erneut Woll aufzufordern, die vollen 10 Pf. Zulage zu zahlen. Im Scheidungsfall sollen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden noch mehrere Fragen erörtert. Unter anderem gab Kollege Lange noch belehrende Winke in Bezug auf die Einwirkung des Krieges auf die Ansprüche der Hinterbliebenen- und Kriegsverletzten-Unterstützung und der Reichsversicherungsordnung und die Ansprüche der staatlichen Unterstützung. Die Frage des zu zahlenden Betrages derjenigen Kollegen, die in anderen Berufen gegenwärtig beschäftigt sind, wurde dahin geklärt, daß die Höhe des Lohnes, das Statut und die Verwaltungsstellenbeschlüsse über den Sozialzuschlag maßgebend sind. Mit einem Appell, auch weiterhin für eine lückenlose Organisation im Rheinwieder Gebiet tatkräftig zu wirken, fand die Generalversammlung ihr Ende.

Eine Bundesratsverordnung über die Regelung der Schuhwarenpreise

Unterm 28. September d. J. hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen, die einem vielsachen, aus Konsumenten- und Handelstreifen geäußerten Wunsche entspricht und die bei richtiger Durchführung, insbesondere bei Beachtung der einschlägigen Punkte seitens der Verbraucher geeignet sein kann, der willkürlichen und damit ungerecht hohen Preisbildung einen Riegel vorzuschieben. Die Verordnung zerfällt in drei Teile: 1. Die Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren. 2. Die Ausführungsbestimmungen hierzu, und 3. Die Richtsätze für die Preisberechnung von Schuhwaren. Zweckmäßigerweise heben wir aus der S. V. nur das für Käufer von Schuhwaren Wichtige heraus:

Nach § 1 der Bundesratsverordnung dürfen Schuhwaren zu keinem höheren Preis verkauft werden, als dem, der sich aus der Zusammenrechnung der Herstellungskosten, eines angemessenen Anteils der allgemeinen Lohnen und eines angemessenen Gewinnes ergibt. Für die Preisberechnung sind die von der Gutachterkommission, die der Reichsfinanzminister ernannt, aufgestellten Richtsätze maßgebend. Schuhwaren im Sinne der Verordnung sind solche, die ganz oder zum Teil aus Leder, Strick, Web- oder Wirkwaren, Filz oder filzartigen Stoffen bestehen. Schuhwaren, die auf Bestellung handwerksmäßig nach Maß hergestellt werden, fallen nicht unter diesen Paragraphen. § 3 geht dem Retailhandel zu Weibe, indem er bestimmt, daß Schuhwaren vom Großhändler nur an Kleinhändler, vom Kleinhändler nur an den Verbraucher abgesetzt werden dürfen. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmung werden bis zu sechs Monaten Gefängnis oder gehntausend Mark Geldstrafe geahndet. In § 4 wird bestimmt: Schuhwaren müssen auf der Ware selbst oder auf einem mit dieser fest verbundenen, aus dauerhaftem Material hergestellten Begleitschein in einer für den Verkäufer leicht erkennbaren Weise folgende Angaben enthalten: 1. den Namen oder die Firma und den Ort der gewerblichen Hauptniederlassung desjenigen, der die Ware hergestellt hat; an Stelle des Niederlassungsortes kann als Kennzeichnung eine Nummer treten. 2. Den Kleinverkaufspreis in deutscher Währung. 3. Den Monat und das Jahr, in denen die Angaben angebracht worden sind. Eine für den Verbraucher sehr wichtige Bestimmung enthält der § 6. Danach kann der Käufer von Schuhwaren, wenn er glaubt, daß der ihm berechnete Preis über den ausgezeichneten Kleinverkaufspreis die Grenzen des § 1 überschreitet, binnen zwei Wochen nach Abschluß des Kaufvertrages Festsetzung des Preises durch ein Schiedsgericht beantragen. Ergibt die Prüfung des Schiedsgerichtes den Verdacht einer strafbaren Teuerung, so hat der Vorsitzende desselben der Staatsanwaltschaft hiervon Mitteilung zu machen. Schiedsgerichte werden je für den Bezirk einer Handelskammer gebildet.

Sehr einschneidend sind die in § 14 vorgesehenen Strafen. Wie die Übertretung des § 3, so können auch Zuwiderhandlungen gegen § 10 (Verbot von Ausverkäufen aller Art, Festwochen, Kellamotagen usw.) mit einer Geldstrafe von zehntausend Mark oder sechs Monaten Gefängnis bestraft werden, ebenso wer in der nach § 4 und 5 vorgeschriebenen Auszeichnung unrichtige Angaben macht, oder die vermerkte Preisangabe auf dem Schuhwerk nicht wahrhaftig oder verläßt, sowie die vom Schiedsgericht festgesetzten Preise nicht einhält. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft, mit Ausnahme der §§ 4 und 5, die am 25. Oktober gesetzliche Kraft erhalten.

Der zweite Teil der Bundesratsverordnung enthält die Ausführungsbestimmungen über die Preisbeschränkungen von Schuhwaren und regelt das Schiedsgerichtswesen in dieser Materie, als einfach zu handhabender Werk. Die Befugnis bei Aufhebung des Schiedsgerichtes besteht aus drei Personen: Vorsitzenden und zwei Beisitzern, von denen je einer Schuhwarenhändler und ein Schuhwarenkäufer, die beiden übrigen Verbraucher sein sollen. Was der von einem Schuhwerk hergestellte Preis angeht, so soll der Hersteller diesen Preis angeben. § 3 der Verordnung ist folgendermaßen formuliert: „Der Hersteller hat den Preis für die Herstellung des Schuhwerkes zu erklären. Der Preis ist die Summe der Herstellungskosten, eines angemessenen Anteils der allgemeinen Lohnen und eines angemessenen Gewinnes.“

eingeschriebenen Brief. Der Vorsitzende kann auch eine andere Ladung anordnen. Vertretung der Geladenen durch schriftliche Vollmacht versehenen Personen ist zulässig (§ 7). Im übrigen finden auf die Erledigung des Revisions- und Sachverständigenbeweises die Vorschriften der Zivilprozessordnung mit der Maßgabe Anwendung, daß eine Vereidigung durch das Schiedsgericht nicht stattfindet. Für das Verfahren werden Stempel und Gebühren nicht erhoben. Wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat, sowie die Höhe derselben, bestimmt das Schiedsgericht (§ 14).

Der dritte Teil der Bundesratsverordnung befaßt sich mit den Richtsätzen für die Preisberechnung von Schuhwaren, soweit diese von der Gutachterkommission festgelegt worden sind. Es liegt in der Natur dieser Materie, wenn sie recht vielgestaltig, und darum nament-

lich von 30 und mehr Prozent erteilt werden. Das ist ein in das schuhindustrielle Leben überaus tief einschneidendes in ihrer Wirkung noch gar nicht abzusehende Maßnahme im Schritt, der, soweit die eigenliche Produktion in Frage kommt, noch gegenüber keiner einzigen Industriunternehmung wurde.

Wohl die wichtigste Bestimmung für den Verbraucher als den Käufer von Schuhwaren sind die Richtsätze für Festsetzung des Kleinverkaufspreises. Bei dem auf den Einkaufspreis zulässigen Zuschlag des Kleinhandels wird unterschieden zwischen zur Zeit vorhandenen Lagerbeständen und neu zu beziehenden Schuhwaren. In ersterem Falle dürfen die Höchstzuschläge betragen: 1. für Schuhwerk in aller Größen aus Rind-, Kalb-, Spalt- oder Kalfleder einsehl. Pantoffel jeder Art, Turnschuhe und Bastingschuhe 35 Prozent; 2. für Straßen- oder Sportschuhwerk auf gefüttertem Kalbleder oder gefüttertem Rindleder 45 Prozent; 3. für Schuhwerk aus farbigen Leder, Gesellschafts- und Turnschuhe aller Art 55 Prozent. Diese Zuschläge sind insbesondere bei Gruppe I, erscheinen uns mit Rücksicht auf die schwache Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerung reichlich hoch, insbesondere unter Berücksichtigung, daß der Preis der Schuhwaren heute um mindestens 20 Prozent höher ist als vor dem Kriege.

Praktisch genommen verdient der Schuhkleinhandeler heute prozentual vielleicht das gleiche als zu Friedenszeiten. Bei dem um 50 und mehr höheren Preis aber ist der Verdienst auch um so viel höher. Vergessen darf allerdings nicht werden, daß in den obengenannten Preiszuschlägen des Kleinhandels der Zuschlag des Großhandels mit eingegriffen sein muß. Dieser kann bis vier Prozent des Kleinhandelszuschlags betragen.

Für die Kleinverkaufspreise für die vorhandenen Lagerbestände stehen die Zuschläge des Kleinhandels zum Retrospektivpreis auf 26 Prozent in Gruppe I, 36 Prozent in Gruppe II, und 46 Prozent in Gruppe III. Dieselben Kleinhandelszuschläge kommen auch für die aus dem Ausland bezogenen Schuhwaren in Betracht. Da der Retrospektivpreis für die vor dem 1. Januar 1916 und von da bis zum 30. Juni bezogenen Schuhwaren zum Teil bedeutend niedriger steht wie jetzt, so müssen sich auch beim Verkauf für diese Waren niedriger Preise ergeben.

Das letzte Kapitel in den Richtsätzen betrifft die für die Maßschuhmacherer, also beim Handwerksmeister bestellten neuen Schuhwaren nach Maß. Die Unkostenberechnung bleibt so ziemlich dieselbe und schwankt je nach der Feinheit der hergestellten Ware zwischen 15 und 25 Prozent. Als angemessener Gewinn sind dem Handwerker 20 Prozent zugestanden.


Soweit der wesentliche, namentlich den Schuhwarenverbraucher interessierende Teil. Es wird dem Vater auffallen, daß in der Verordnung nichts von den allenthalb beklagten hohen Preisen für Schuhreparaturen gesagt ist. Darauf ist zu bemerken, daß letztere Frage gar nicht geschnitten ist, erfaßt werden kann. Zudem haben heute die Preisprüfungsstellen die Befugnis, da wo sich Mißstände bezüglich der Schuhreparaturenpreise zeigen regelmäßig einzugreifen, wie das auch schon teilweise geschehen ist.

Zum Schluß können wir allen Kollegen nur den guten Rat geben, bei Einkäufen von Schuhwaren besonders zu beachten, was hier über die Preisangabe, -nennungen und Preishöhe gesagt ist, und in Zweifelsfällen das Schiedsgericht anzugehen. Für unsere Organisations-, Orts-, Kreis- und Konsumentenausschüsse ist vielleicht der Hinweis gestattet, namentlich soweit sich solche am Orte einer Handelskammer befinden, daß sie auf eine Befugnis des Schiedsgerichts aus ihren Kreisen hinarbeiten und im übrigen dahin wirken, daß die vorstehende Bundesratsverordnung weitesten Verbraucherkreisen bekannt wird.

Bücherchau

„Ein Wort an die unten und die oben“ von einem deutschen Sozialdemokraten. 24 Seiten. Groß-Oktav, Preis 30 Pf. Stuttgart, Franck'sche Verlagsbuchhandlung. — Der Sozialdemokrat Anton Jendrych (siehe in dem Buchlein mit denen auseinander, die aus irgendwelchen Gründen eine geheime Vorliebe für England bzw. dessen Einrichtungen haben. Aus Englands Geschichte und seinem Verhalten während des Krieges kommt er zu dem gleichen Resultat wie Bethmann Hollweg im Reichstag. Ein kräftig geschriebenes Buchlein, das für manchen Deutschen von rechts und links ein guter Spiegel ist.

Das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 mit der Novelle vom 26. Juni 1916. Erläuterung zum Handgebrauch namentlich für Arbeitgeber, Arbeiter und Berufsvereine von Max von Schulz, Magistratsrat, erstem Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin. Berlin 1916. Verlag Franz Dahlen, Berlin W 9, Unterstraße 16. Preis 1,80 M., postfrei 1,85 M. — Die Arbeit steht unter dem Einfluß der Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die eine Quelle von Verwirrung und Verstimnungen verstopfen und dem inneren Frieden dienen soll. Es handelt sich hier um die Vereine der Arbeitgeber und Arbeiter (Berufsvereine), die bisher durch Rechtsprechung und Verwaltung gegen den Willen des Gesetzgebers in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit fast eingeschränkt wurden. Die Erläuterungen des Reichsvereinsgesetzes gelten zunächst den Berufsvereinen. Dabei kommen aber andere Kreise der am Gesetz Interessierten und ihre Vereine nicht zu kurz. Das Buchlein wird nicht bloß Arbeitgebern und Arbeitern seine guten Dienste leisten, auch den übrigen Interessierten (Verbänden, politischen Parteien usw.) wird es sich als wertvoll erweisen. Es verdient mehr Beachtung.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Sof. Steffens. Zahlstelle Stiefenkirchen.

Franz Müller aus Engelhelms,
Anton Heil aus Hleden,
August Kimpel aus Wengers,
Leopold Hoffeld und
Rhabanus Brähler, beide aus Großkühler.
Verwaltungsstelle Fulda.

Heinrich Stief aus Grüssau.
Zahlstelle Landesgut.

Franz Krause. Zahlstelle Harburg.

Sof. Jakob. Zahlstelle Schara.

Heinrich Stander. Zahlstelle Schallodenbach (Pfalz).

Johann Koll. Zahlstelle Dittsburg, Maurer.

August Becker aus Winkels,
Sof. Hilgenberg. Zahlstelle Remscheid.

Unteroffizier Franz Germeroth aus Breitenberg, Inhaber des Eisernen Kreuzes.
Zahlstelle Rassel.

Peter Sof. Falkenbach. Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Heinrich Weber. Zahlstelle Groß-Zimmern.

Bruno Giering. Verwaltungsstelle Berlin.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 10. September starb unser Kollege **Wilhelm Vogler** an Herzleiden.
Am 17. September starb unser Kollege **Friedrich Postler** an Magenkrebs.
Verwaltungsstelle Berlin.

Am 27. September starb unser treuer Kollege **Valentin Gaus** an Lungenentzündung.
Am 7. Oktober starb unser treuer Kollege **Adams Lory** ebenfalls an Lungenentzündung.
Zahlstelle Groß-Zimmern.

Am 9. Oktober starb unser treuer Kollege **Franz Ziedel** im Alter von 59 Jahren am Typhus.
Zahlstelle Oppau.

Am 10. Oktober starb unser treuer Kollege **Kenning** im Alter von 60 Jahren an Krebs.
Zahlstelle Köln-Rippes.

Am 13. Oktober starb unser treuer Kollege und Vorsitzender **Robert Wolf** im Alter von 59 Jahren an schwerem Hals- und Magenleiden. Der Kollege war der Mitbegründer der Verwaltungsstelle Schmerin.
Zahlstelle Roditten.

Ehre ihrem Andenken!

lich für den Laien etwas unklar wirkt. Die Richtsätze für Schuhmacher bestehen aus den Herstellungskosten, die sich aus Materialkosten, Arbeitslohn und anderen Kosten zusammensetzen, für deren Angaben und Festsetzung mit Ausnahme des Arbeitslohnes, gewisse Bedingungen gestellt sind, die aber nur den Fachmann interessieren. Bemerkenswert dabei ist, daß die schon erwähnten Richtsätze, die Höhe der Materialkosten und des Arbeitslohnes zusammen, in ihren Richtsätzen 25 Prozent nicht überschreiten dürfen. Für Schuhwerk aus Rind-, Kalb-, Spalt- und Kalfleder, also wie es hauptsächlich unter Arbeiterverwendung ist, darf der Höchstzuschlag höchstens auf 35 Prozent beschränkt werden. Als angemessener Gewinn des Schuhwerkherstellers werden 6 Prozent des Herstellungskosten bestimmt. Danach ist der Höchstpreis für Schuhwerk zu berechnen, und es ist nicht möglich, den Preis über diesen Höchstpreis zu setzen.